

Niederschrift
über die 6. Versammlung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
im Geschäftsjahr 2016 am 15. Juli 2016 in Frankfurt am Main
Öffentliche Hauptversammlung

Beginn der Sitzung: 15:55 Uhr

Anwesend

Vom Rundfunkrat:

Herr von Boehm-Bezing
Herr Boddenberg
Herr Brandes
Herr Dr. Dittmann
Herr Dulige
Herr Fasbender
Herr Freiling
Herr Gülegen
Frau Isser
Frau Dr. Jungherr
Herr Mann
Herr Dr. Möhrle
Herr Dr. Rolf Müller
Herr Neumann
Herr Ortmann
Herr Pitz
Herr Prof. Dr. Postlep
Herr Schäfer-Gümbel
Herr Schmitt
Herr Prof. Valentin
Frau Wolff
Herr Dr. Wurzel
Frau Ypsilanti

Vom Verwaltungsrat:

Herr Clauss
Frau Gabi
Herr Greilich
Herr Dr. Manderscheid
Herr Zilian

Niederschrift über die 6. Versammlung des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks
am 15. Juli 2016 in Frankfurt
Öffentliche Hauptversammlung

2

<u>Vom Hessischen Rundfunk:</u>	Herr Intendant Krupp Herr Betz Frau Holzner Herr Dr. Sommer Herr Tritschler Herr Simon Herr Hammerschmidt Herr Kähler Herr Barz Frau Dr. Hütt Frau Rohr
<u>Von der hr werbung gmbh:</u>	Herr Cromm
<u>Entschuldigt:</u>	Frau Dorn Frau Kailing Herr Dr. Mathias Müller Frau Puttrich Herr Schneider Herr Volz
<u>Vorsitz:</u>	Herr Dulige

Tagesordnung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2015
3. Genehmigung des Jahresberichts des Intendanten und der Jahresrechnung 2015,

Entlastung des Verwaltungsrats,

Entlastung des Intendanten
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1. der Tagesordnung: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest und weist darauf hin, dass eine Kurzzusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des nicht öffentlichen Teils der Sitzung des Rundfunkrats auf der Internetseite des Rundfunkrats innerhalb einer Woche nach der Sitzung eingestellt werde.

Darüber hinaus stellt er fest, dass es keine Änderungswünsche zu der Tagesordnung zur öffentlichen Hauptversammlung gebe.

Zu Punkt 2. der Tagesordnung: Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2015

Der Intendant stellt zu Beginn seiner Rede die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Medium und Faktor der öffentlichen und demokratischen Meinungs- und Willensbildung heraus. Das Bundesverfassungsgericht habe bereits vor dreißig Jahren erstmals diese Bedeutung festgestellt und stetig bekräftigt. Er erklärt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk diesen hohen Anspruch erfüllen müsse, wenn er auch weiterhin seine Legitimation begründen und diese in der Gesellschaft verankern möchte.

Außerdem berichtet er u.a. über den ARD-Trend 2015, dass 68 % der Befragten „Das Erste“ für glaubwürdig halten. Betrachte man die Gruppe, die vorbehaltlos zustimme, gebe es allerdings einen Rückgang von 59 % auf 50 %. Er informiert über eine andere Untersuchung, die zeige, dass eine relevante Zahl von Menschen die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks anzweifle und glaube, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk im Interesse von Regierung oder Wirtschaft handele.

In diesem Zusammenhang berichtet der Intendant über das am 12.07.2016 stattgefundenen hr-Forum „Werden wir noch gebraucht?“, durch das eine hausweite Debatte über die Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Hessischen Rundfunks angestoßen worden sei.

Gerade in den Zeiten der Informationsflut im Internet sei ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk von unverzichtbarem Wert. Das Ziel sei gegen die Flut des Interessanten den Anspruch auf Relevanz zu setzen. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit müsse daher der hr mehr als bisher den Wert für die

Gesellschaft und Demokratie immer wieder vermitteln und belegen. Darüber hinaus müsse offener mit Fehlern umgegangen werden. Abschließend stellt er die Bedeutung der Unterhaltung und fiktionaler Stoffe heraus. Legitimation erfordere auch Relevanz und diese bekomme man nur, wenn die ganze Lebenswelt der Menschen angesprochen werde.

Der Intendant erklärt, dass die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine wichtige gesellschaftliche Funktion habe und die Sicherung einer soliden Finanzgrundlage ein Teil der demokratischen Zukunftssicherung sei. Der hr habe im Jahr 2015 mit Erträgen in Höhe von 506,3 Mio. € geplant, gegenüber Aufwendungen in Höhe von 568,9 Mio. €. Das hätte im Jahresabschluss ein Minus von 62,6 Mio. € bedeutet. Das IST falle positiver aus, obwohl die Aufwendungen auf 576,4 Mio. € steigen, aber auch die Erträge seien auf 522,3 Mio. € gewachsen. Das bedeute ein Minus von 54,1 Mio. €, also gegenüber der Planung ein Besserergebnis in Höhe von 8,4 Mio. €.

Der hr habe Beitragsmehrerträge in Höhe von 25,9 Mio. € erhalten, geplant waren 19,3 Mio. €.

Bei der Altersversorgung sei ein Minus von 104,4 Mio. € kalkuliert worden, durch die anhaltende Niedrigzinspolitik stehe am Jahresende jedoch ein Minus von 122 Mio. €.

Der hr habe im operativen Geschäft um 19,4 Mio. € besser abgeschnitten als geplant, so dass ein Ergebnis von 41,9 Mio. € vorliege. Die Besserleistung im operativen Geschäft sei eine Leistung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des hr, aber auch vieler Sparrunden unter Steuerung durch den Altintendanten Dr. Helmut Reitze.

Gleichwohl müsse man die Problematik des negativen Jahresabschlusses angehen. Der hr strebe die Reduzierung der finanziellen Belastung aus der Altersversorgung an, indem künftig die Rentenbezüge nicht mehr so stark steigen, wie die Tarifabschlüsse für die aktiv Beschäftigten. Die Deutsche Welle habe einen entsprechenden Tarifvertrag abgeschlossen, wonach die Rentner nur 50 % der Steigerung der Aktiven erhielten.

Der Intendant berichtet, dass die KEF der ARD 84 Mio. € im Personalaufwand 2019 und 2020 sperren werde, wenn für die Rentenproblematik keine entsprechende Lösung gefunden werde.

Der Intendant berichtet weiter, dass die Liquidität des hr am Ende des Jahres 2015 bei 160 Mio. € gelegen habe, wobei 38,6 Mio. € auf dem Sperrkonto für Mehrerträge geparkt worden seien. Aufgrund der medienspezifischen Preissteigerung und der zu erwartenden Tarifabschlüsse werde aber die Liquidität nach und nach abschmelzen. Wie lange die Liquidität über das Jahr 2020 hinausreiche, hänge auch davon ab, ob der Rundfunkbeitrag nach der Empfehlung der KEF gesenkt werde oder ob der Gesetzgeber den Beitrag bei 17,50 € festschreibe.

Als Ausblick erklärt der Intendant, dass der hr auch in den nächsten Jahren weiter sparen und Aufwendungen reduzieren müsse. Die erste Priorität sollte darin liegen, stärker innerhalb der ARD zu kooperieren.

Für die weiteren Einzelheiten wird auf die beigefügte Rede des Intendanten (Anlage 1) und die PowerPoint-Präsentation zum Jahresabschluss 2015 (Anlage 2) verwiesen.

Herr Prof. Postlep stellt fest, dass angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase die Finanzlage des Hessischen Rundfunks nach wie vor - voraussichtlich auch über die nächsten zehn Jahre hinweg - schwierig bleibe.

Der Hessische Rechnungshof habe in seinem Bericht deutlich gemacht, dass bei den Altersversorgten selbst eine tarifvertragliche Einigung nicht ausreiche, weil individuelle Einzelvereinbarungen getroffen worden seien, die auch nur individuell beeinflussbar seien.

Er begrüße die Absicht, stärker innerhalb der ARD vor allem im administrativen und technischen Bereich zu kooperieren. Außerdem möchte er wissen, welche Kooperationsmöglichkeiten in programmlichen Bereichen, insbesondere hinsichtlich der dritten Programme, bestehen.

Herr Freiling spricht die Frage der Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien an und nimmt Bezug auf § 3 des hr-Gesetzes, in dem bereits geregelt sei, dass die Berichterstattung wahrheitsgetreu und sachlich sein müsse. Wichtig sei, dass der Hessische Rundfunk seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag erfülle. In diesem Zusammenhang spricht er die Sendung „Die Story im Ersten: Vertrauen verspielt?“ an, die am Montagabend im Ersten Programm ausgestrahlt worden sei. In dieser Sendung sei es vor allem auch um die

Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien gegangen. Kai Gniffke, Chefredakteur von ARD-Aktuell, habe auf die Frage, warum es keine kritischen Aussagen von Prominenten zur Flüchtlingsfrage gegeben habe erklärt, dass kein Prominenter ein entsprechendes kritisches Statement gegen die Unterstützung der Willkommenskultur abgegeben habe. Aus diesem Grund habe man in der Tagesschau und in den Tagesthemen auch kein kritisches Statement kommunizieren können.

Herr Freiling erklärt, dass er diese Information für nicht glaubhaft erachte. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse zu seinem Auftrag stehen. Er solle einen kritischen Blick auf die Berichterstattung über bestimmte Themen lenken, insbesondere auf die Flüchtlingsdebatte, die Griechenlandkrise oder die Ukraine-Berichterstattung.

Der Intendant erklärt auf die Aussage von Herrn Freiling, dass der Hessische Rundfunk den ersten Schritt zu einem effektiven Diskussionsprozess hr-intern durch die Veranstaltung des Forums „Werden wir noch gebraucht?“ gegangen sei. Dort habe die Legitimationsdebatte zentral im Vordergrund gestanden.

Bei der Berichterstattung gebe es zwei Pole; zum einen gebe es diejenigen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Teil eines Wertesystems verstehen mit dem Ziel, bestimmte Werte herauszustellen und die anderen, die kritisieren, dass genau mit dieser Haltung ein Teil der Glaubwürdigkeit aufgegeben werde. Insgesamt bedeute diese Situation eine schwierige Gradwanderung. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und auch der Hessische Rundfunk müssten sich damit bewusst kritisch auseinandersetzen.

Er spricht das Beispiel der Sachsenzeitung an, die sich dazu entschieden habe, Nationalität und Herkunft von Straftätern zu nennen. Dies widerspreche sicherlich dem Wertesystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Ein Problem bestehe dann, wenn die ARD in einer Nachrichtensendung nur eine Position wiedergebe, obwohl es mehrere relevante Positionen zu einem bestimmten Thema gegeben habe.

Auf die Frage von Herrn Prof. Postlep, ob es Kooperationsmöglichkeiten im programmatischen Bereich gebe, erklärt der Intendant, dass eine Zusammenlegung der dritten Programme der ARD-Landesrundfunkanstalten aus seiner Sicht nicht zu begrüßen sei. Die regionalen Themen seien – je nach Bundesland – extrem unterschiedlich. Darüber hinaus gebe es kein effektiveres

System als die dritten Programme. Die Integration mit dem „Nahbereich“, der für die Legitimation sehr wichtig sei, also der Kontakt zum unmittelbaren Lebensbereich, sei über die dritten Programme gelungen. Der Intendant erklärt, dass die dritten Programme im oberen Drittel der Beliebtheit bei Umfragen stünden, weil sie Vertrauen und Orientierung vermittelten.

Zum Thema Altersversorgung erklärt der Intendant, dass die Situation im Hessischen Rundfunk besonders schwierig sei. Ein entsprechender Abschluss auf ARD-Ebene hätte aber auch positive Rückwirkungen für den Hessischen Rundfunk, der sich daran orientieren könne.

Abschließend verweist er auf die Befassung des Workshops des Verwaltungsrats und des Finanzausschusses zum Thema Altersversorgung.

Herr Dr. Rolf Müller erklärt, dass die Kosten für die Sportübertragungsrechte explodieren. Daher müsse künftig die Frage gestellt werden, ob sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk noch an Bieterverfahren zum Sportrechteerwerb beteiligen könne. Eine mögliche Folge wäre, dass die Bevölkerung auf Pay TV-Angebote ausweichen müsste. Er möchte wissen, wie es in dieser Thematik weitergehe.

Der Intendant erklärt, dass er befürchte, dass die Kostenspirale sich weiter nach oben entwickle, insbesondere durch die On-demand-Angebote. Er erinnert an die Empfehlung aus dem Workshop von Verwaltungsrat und Finanzausschuss des Rundfunkrats am 11.07.2016, die der Verwaltungsrat angenommen habe, dass der Sportrechteetat in der nächsten Beitragsperiode 2017 – 2020 nicht über die mittelfristige Finanzplanung hinaus ausgeweitet werden solle, d.h., es sollen nach wie vor Sportrechte erworben werden, aber mit der dargestellten Deckelung.

Der Intendant berichtet, dass es diverse Gespräche mit Sportverbänden im Hinblick auf Leichtathletik und Schwimmen gebe. Es sei angedacht, einen Tag der Meisterschaft zu veranstalten. Derzeit habe der Hessische Rundfunk u.a. die Sportveranstaltung „Ironman“ im Fokus.

Herr Schmitt erinnert daran, dass sich Verwaltungsrat und Finanzausschuss in einer gemeinsamen Arbeitsklausur am 11.07.2016 intensiv mit der Bedeutung des Sports für die ARD und die dritten Programme auseinandergesetzt habe. Das Thema Sportrechte sei intensiv diskutiert worden. Aus seiner Sicht sei die

Politik gefordert, wenn die Entwicklung der Sportpreise so ungebremst weiter fortbestehe. Es seien nach seiner Einschätzung nicht alle Menschen bereit, entsprechende Bezahlangebote zu nutzen.

Im Übrigen geht er auf das Thema Altersversorgung und die Auswirkungen auf den Jahresabschluss 2015 ein. Durch die Niedrigzinsphase habe sich die Situation kontinuierlich verschlechtert. Zu begrüßen sei, dass der Hessische Rundfunk im operativen Bereich positiv dastehe. Falls sich die Entwicklung gerade im Liquiditätsbereich nicht dauerhaft verbessere, sei auch hier wiederum politisches Handeln gefordert.

Der Intendant erklärt zur Nachfrage hinsichtlich der Sportrechte, dass es eine Liste von Sportereignissen gebe, die frei empfangbar sein müssen. In diese Liste solle auch die Handball-Weltmeisterschaft aufgenommen werden. Mit Politik und Sportverbänden werde darüber diskutiert.

Hinsichtlich der finanziellen Situation erklärt der Intendant, dass das derzeitige Minus mit Rücklagen gedeckt werden könne.

Herr Mann begrüßt, dass der hr die Diskussion um die Legitimation durch das hr-Forum „Werden wir noch gebraucht?“ angestoßen habe. Wichtig sei aus seiner Sicht angesichts der Informationsflut, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Orientierung biete. Ein konstruktiver Journalismus sei erforderlich. Er spricht die Problematik an, dass aus seiner Sicht immer die gleichen Gäste in Talkshows eingeladen werden, so dass hier einheitliche Sichtweisen kommuniziert würden.

Herr Ortmann erklärt, dass aus der Bevölkerung Beschwerden wegen des großen Anteils der Werbefinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhoben würden. Er spricht auch die auf EU-Ebene bestehenden Initiativen über die Änderung der Werberegulungen an. Durch das neue WDR-Gesetz werde die Möglichkeit der Werbung beschränkt. Er möchte wissen, wie die Situation in Hessen aussehe.

Der Intendant erklärt zum Beitrag von Herrn Mann, dass die ARD große Erfolge gerade mit fiktionalen Inhalten und Dokumentationen aufweisen könne. Er verweist auf die ARD-Themenwoche und die hr-Produktion „Master of the Universe“, ein Beitrag zum Thema „Zukunft der Arbeit“. Nach einem entsprechenden fiktionalen Angebot biete die ARD auch häufig themenbezogen

eine Dokumentation an, was erfolgreich sei.

Zum Thema Werbung erklärt er, dass die EU-Kommission eine Liberalisierung der Unterbrecherwerbung im kommerziellen Bereich anstrebe. Möglicherweise habe dies sogar positive Effekte auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der nach 20:00 Uhr werbefrei sei, weil dann mehr Zuschauer die Vorteile des werbefreien Fernsehens nutzen.

Der Intendant erklärt, dass ca. 8 % der Einnahmen aus Werbung stammten.

Der Intendant erläutert, dass der Nordrheinwestfälische Landtag im Januar 2016 mit anderen Änderungen des WDR-Gesetzes die stufenweise Reduzierung der Werbezeiten in den WDR-Hörfunkprogrammen beschlossen habe. Bisher und auch während des Jahres 2016 dürfe in den Programmen des WDR auf drei Hörfunkwellen insgesamt 90 Minuten Hörfunkwerbung pro Tag im Jahresdurchschnitt ausgestrahlt werden. Für die Jahre 2017 und 2018 erfolge eine Reduzierung auf 75 Minuten Radiowerbung pro Tag im Jahresdurchschnitt und nur noch zwei Hörfunkwellen. Ab dem Jahr 2019 gelte nach dem neuen Gesetz eine weitere Reduktion auf 60 Minuten im Monatsdurchschnitt und auf nur noch eine Hörfunkwelle. Der Rundfunkrat des WDR habe im Juni 2016 auf Vorschlag der Geschäftsleitung des WDR beschlossen, dass ab 01.01.2017 keine Werbung in WDR 4 ausgestrahlt werde.

Herr Cromm erläutert, dass die Einschränkung der Werbezeiten für den WDR und seine Werbetochter WDR Mediagroup GmbH Reduzierungen der erreichbaren Umsätze aus dem Werbezeitenverkauf zur Folge habe. Darüber hinaus habe die Reduzierung auch Auswirkungen auf die Werbeumsätze der anderen ARD-Werbegesellschaften. Die ARD-Werbegesellschaften erzielten nämlich einen erheblichen Anteil ihres Werbeumsatzes aus nationalen Kombinations-Angeboten. Dabei handele es sich um Angebote an den Markt, bei denen ein Werbespot im Rahmen eines einheitlichen Auftrags in allen Bundesländern, also flächendeckend in der Bundesrepublik ausgestrahlt werde. Durch die Reduzierung der zur Verfügung stehenden Werbezeiten seien diese Kombinationsangebote ab 2017 nicht mehr in der Form möglich; es können nicht mehr im bisherigen Maße Werbezeiten in die gemeinsamen nationalen Kombi-Angebote eingebracht werden. Das führe zu einem Rückgang des gemeinsamen Kombi-Umsatzes und damit zur Umsatzreduzierung bei allen Werbegesellschaften.

Der Intendant führt aus, dass Werbung das Programm nicht dominieren dürfe, dass aber Werbung auch von der Gesellschaft als Teil der Wirklichkeit wahrgenommen werde.

Herr Prof. Postlep erklärt, dass das Ziel der Sicherung der Liquidität des Hessischen Rundfunks erreicht werden müsse. Er fragt, unter welchen Umständen dies der Fall sei.

Der Intendant erklärt, dass voraussichtlich bis 2023 die Liquidität gesichert sei. Es gebe bestimmte Risiken, wie z.B. die finanziellen Risiken aus den Kabeleinspeisungsurteilen. Er weist darauf hin, dass in Deutschland eine Sondersituation im Vergleich zum europäischen Ausland bestehe. Im europäischen Ausland würden die Kabelgesellschaften für die eingespeisten Programme an die Rundfunkveranstalter Geld zahlen, in Deutschland sei es bisher anders gewesen, indem die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten für die Einspeisungsleistung an die Kabelnetzbetreiber zahlen. Er erinnert daran, dass es rechtliche Auseinandersetzungen über die Wirksamkeit der Kündigungen der Kabeleinspeisungsverträge gebe, die derzeit noch anhängig seien.

Herr Freiling nimmt Bezug auf den Prüfvermerk der BDO zur Prüfung der Jahresrechnung und des Lageberichts 2015 in Bezug auf den Hessischen Rundfunk und auf die PowerPoint-Präsentation der BDO aus der Sitzung des Finanzausschusses am 17.06.2016. Die BDO habe bezüglich der Jahresrechnung und des Lageberichts auf bestimmte Risiken hingewiesen, insbesondere auf das Risiko der Erlösrealisation und das der Außerkraftsetzung von Kontrollmaßnahmen durch das Management. Er hinterfragt, ob dies im Widerspruch zu der vorherigen Aussage im Prüfvermerk stehe, dass im hr ein starkes internes Kontrollsystem bestehe. Die BDO habe ja gerade einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk für die Jahresrechnung der Hessischen Rundfunkanstalt des öffentlichen Rechts sowie für den Bericht über die Lage des hr erteilt. Darüber hinaus bittet er um nähere Aussagen zu Investitionen und eine mögliche Bestandsgefährdung.

Der Intendant erteilt Informationen zum Investitionsvolumen und erklärt, dass sich der Hessische Rundfunk in vielen Bereichen dafür entschlossen habe, bestimmte Investitionen nicht zu tätigen. Ausfluss einer solchen Entscheidung war bspw. auch die Aufgabe des Studios im Maintower. Außerdem habe der Hessische Rundfunk bspw. darauf verzichtet, einen neuen Übertragungswagen

zu beschaffen, stattdessen werde ein Wagen im Wege einer Kooperation mit einer anderen Landesrundfunkanstalt gemeinsam genutzt. Perspektivisch sei es wichtig, mehr in den Bereich Multimedia zu investieren.

Die BDO habe keine Hinweise darauf gegeben, dass die Geschäftsführung des Hessischen Rundfunks nachlässig mit Risiken umgehe.

Herr Tritschler ergänzt in diesem Zusammenhang, dass auf S. 9 der besagten Präsentation der BDO nur die Ansätze der Prüfungsschwerpunkte bezeichnet seien, nicht aber ein negatives Ergebnis. Er bestätigt insofern die Aussage vom Intendanten.

Herr Zilian erklärt zum Thema Altersversorgung, dass dies im Hessischen Rundfunk ein sehr brisantes Thema sei und dass seit rund zwei Jahren auf ARD-Ebene zum Thema Altersversorgung verhandelt werde. Im hr sei bereits eine spürbare Entlastung durch entsprechende Tarifabschlüsse erreicht worden.

Zu Punkt 3. der Tagesordnung: Genehmigung des Jahresberichts des
Intendanten und der Jahresrechnung 2015
Entlastung des Verwaltungsrats
Entlastung des Intendanten

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Herr Armin Clauss, hält seine Rede zum Jahresbericht und Jahresabschluss 2015. Die Rede ist diesem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.

Im Anschluss berichtet der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Harald Brandes, über die Sitzung des Finanzausschusses mit dem Hauptthema Jahresrechnung 2015. Diese Sitzung habe am 17.06.2016 stattgefunden. In der Sitzung sei der Prüfungsbericht der BDO zur Jahresrechnung 2015, die Haushaltsabrechnung 2015, der Geschäftsbericht des hr mit Lagebericht und Jahresrechnung 2015 und die Jahresrechnung 2015 beraten worden.

Der Finanzausschuss habe die vorgenannten Unterlagen ausführlich erörtert. Die Prüfer der Prüfungsgesellschaft BDO seien im Finanzausschuss persönlich anwesend gewesen und hätten ihren Bericht erläutert. Der Jahresrechnung

2015 des Hessischen Rundfunks sei der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden.

Eingehend erläutert worden sei das tatsächliche Jahresergebnis 2015, das einen Betrag von Minus 54,1 Mio. € ausweise. Es sei um 8,4 Mio. € besser ausgefallen, als im Nachtrag 2015 geplant. Dieses Besserergebnis resultiere u.a. aus höheren Beitragseinnahmen im Jahre 2015. Demgegenüber seien die Aufwendungen für Altersversorgung nochmals gestiegen. Es bleibe festzuhalten, dass der Hessische Rundfunk im operativen Bereich erfolgreich und sparsam gearbeitet habe.

Er weist darauf hin, dass im Hessischen Rundfunk 2015 noch nicht die Verlängerung des Zinsreferenzzeitraums von sieben auf zehn Jahre bei der Bewertung der Altersversorgungsrückstellungen Anwendung gefunden habe. 2016 werde dies der Fall sein. Die Folge davon sei, dass es in 2016 zu einem einmal deutlich besseren Ergebnis der Aufwands- und Ertragsrechnung kommen werde.

Insgesamt schätze die Prüfungsgesellschaft BDO die externen und finanzwirtschaftlichen Risiken, die Kontent- und Programmverbreitungsrisiken sowie die technischen Risiken als nicht bestandsgefährdend ein. Nach heutiger Erkenntnis sei die Liquidität des Hessischen Rundfunks für die nächsten fünf Jahre gesichert.

Auf Anregung der Prüfungsgesellschaft empfehle der Finanzausschuss dem Rundfunkrat, dem Vorschlag der Geschäftsleitung zur künftigen Angabe nicht marktüblicher Geschäfte mit nachstehenden Personen im Anhang der Jahresrechnung des Hessischen Rundfunks zu folgen. Hierzu werde von der Geschäftsleitung eine Vorlage erstellt.

Die Ergebnisse der Beratungen im Finanzausschuss des Rundfunkrats führten insgesamt zu einem einstimmigen Beschluss, dem Rundfunkrat zu empfehlen, die Jahresrechnung 2015 sowie den Jahresbericht des Intendanten des Hessischen Rundfunks zu genehmigen sowie dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2015 und dem Intendanten für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung zu erteilen.

Der Rundfunkrat fasst daraufhin einstimmig und ohne Enthaltung die folgenden Beschlüsse:

1. Der Rundfunkrat genehmigt die Jahresrechnung 2015 einschließlich der in der Vorlage Nr. 15/Geschäftsjahr 2016 (Bericht und Beschlussvorschlag zur Jahresrechnung 2015) dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben nach TZ 2.9.4.2 der Finanzordnung.
2. Der Rundfunkrat genehmigt den Jahresbericht des Intendanten des Hessischen Rundfunks in der vorgelegten Form.
3. Der Rundfunkrat erteilt dem Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung.
4. Der Rundfunkrat erteilt dem Intendanten für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung.

Zu Punkt 4. der Tagesordnung: Verschiedenes

Hierzu liegt nichts vor.

Schluss der Sitzung: 17:30 Uhr

gez. Jörn Dulige

Anlagen

Intendant
Manfred Krupp

Jahresbericht 2015 Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrats am 15.07.2016

Lieber Herr Dulige, lieber Herr Clauss,
liebe Mitglieder der Gremien,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste,

ich begrüße Sie ganz herzlich zur Öffentlichen Hauptversammlung des Hessischen Rundfunks. Im Mittelpunkt stehen traditionell der Jahresbericht und der Jahresabschluss für das Jahr 2015, also das vergangene Jahr.

Damals hieß der Intendant noch Dr. Helmut Reitze und ich habe ihn vor einigen Tagen beim Rheingau Musik Festival gefragt, ob er nicht persönlich seine Abschlussbilanz präsentieren wolle. Er hat sich entspannt zurückgelehnt und mir erklärt, das sei nun mein Job. Den erfülle ich gerne, aber ich erlaube mir auch einige Akzente zu setzen, zu den künftigen Herausforderungen.

In diesem Jahr feiern wir 70 Jahre Hessen und dieses Land ist ganz wesentlich mitgeprägt worden durch den Hessischen Rundfunk. Radio Frankfurt wurde sogar schon ein wenig früher, Mitte 1945, gegründet. Der hr war immer ein Begleiter der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Vorgänge in Hessen. Er hat das Land widergespiegelt und die nötige Öffentlichkeit hergestellt und dadurch zu demokratischen Prozessen beigetragen. Heute sind wir in einer Situation, wo von unterschiedlichsten Stellen nicht nur die Legitimation von Teilen des politischen Systems in Frage gestellt wird, sondern auch die des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Ich hingegen glaube, dass unser Beitrag zur Gesellschaft wichtiger ist denn je.

Aber auch wir müssen in der Lage sein, unsere Leistungen immer wieder zu hinterfragen und uns einer kritischen Auseinandersetzung zu stellen. Denn das hat das Bundesverfassungsgericht immer wieder deutlich gemacht. Die Rundfunkfreiheit schützt nicht die Institution sondern die Funktion und damit unseren Beitrag zur freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung.

Das heißt aber auch, die Rundfunkfreiheit bedeutet nicht, die Freiheit der im Rundfunkwesen Tätigen das zu tun was sie wollen, sondern das sie zu gewährleisten haben, dass die vorgegebene Aufgabe im Sinne der demokratischen Meinungsbildung auch erfüllt wird. Diese ist ein zentrales Element der Demokratie. Und der öffentlich-

rechtliche Rundfunk ist – wie das BverfG schon vor 30 Jahren erstmals festgestellt und stetig wiederholt hat – Medium und Faktor der öffentlichen und demokratischen Meinungs- und Willensbildung. Diesen hohen Anspruch müssen wir erfüllen, wenn wir auch weiterhin unsere Legitimation begründen und sie in der Gesellschaft verankern wollen.

Ich möchte Ihnen belegen, dass wir dafür unseren Beitrag auch im Jahre 2015 geleistet haben und aber gleichzeitig uns verändern müssen, um in einer neuformierten Medienwelt bestehen zu können.

Meine erste Botschaft: Glauben Sie nicht alles, was in den Medien verbreitet wird. Die Todesanzeigen für Radio und Fernsehen, unser Kerngeschäft, werden immer wieder neu gedruckt und trotzdem leben beide Medien kraftvoll und kreativ.

Schauen wir uns einmal die langfristige Entwicklung an, daran zeigt sich die Relevanz der linearen Medien. Im Jahre 2015 lag die Sehdauer im Fernsehen bei immerhin 208 Minuten, im Radio bei 173 Minuten und damit über dem Stand des Jahres 1990. Gleichzeitig wächst die Internetnutzung an. Wenn wir aber auf das jüngere Publikum schauen, dann hat das Internet die klassischen Medien überholt. Wobei die reine Nutzung von Audio und Video im Netz immer noch hinter Radio und Fernsehen zurücksteht.

Trotzdem gibt es bis in die Mitte der Gesellschaft Verschiebungen. Bei den online-aktiven Menschen nutzen immer mehr Videoplattformen wie Netflix und Amazon-Prime. Das führt dazu, dass Live-Ereignisse im Fernsehen international immer wichtiger, aber in bestimmten Sparten auch immer teurer werden. Das erklärt, warum Discovery die Rechte an Olympia 2018 und 2020 erworben hat, warum ein Anbieter aus Katar sich die Handball-WM gesichert hat und die Schweizer Infront jetzt mit einem großen chinesischen Mehrheitsbesitzer ein Recht nach dem anderen aufkauft. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir für mehr Geld weniger Rechte erhalten und bald von ganzen Marktsegmenten abgeschnitten sind. Dabei ist die Sportberichterstattung ein ganz wichtiges Element, um junge Zielgruppen auch für unser Informationsangebot zu interessieren.

Im Musikbereich kommen immer mehr Streamingplattformen auf den Markt und wollen künftig nicht nur Musik sondern auch Inhalte anbieten. Dass Spotify in diesem Jahr den jungen Wellen Jan Böhmermann abgeworben hat, mag mancher von Ihnen vielleicht gar nicht bedauern. Aber es ist ein Indiz dafür, dass die Streamingdienste das Radio frontal angreifen wollen und ihm die Hörerinnen und Hörer streitig machen.

Und schließlich treten im Internet plötzlich internationale Plattformanbieter wie Facebook und Google nicht nur als Nachrichtenverbreiter sondern auch als Filter für Nachrichten, ja sogar als Informationsproduzenten auf den Plan.

Umso überraschender ist es, wie stabil die Angebote des Hessischen Rundfunks im Jahr 2015 genutzt wurden; sicher auch, weil wir auf unterschiedlichen Plattformen und Verbreitungswegen unterwegs sind. Im Hörfunk möchte ich exemplarisch unsere Klangkörper benennen. Sie erreichen nicht nur die tradierten Nutzer im Konzertsaal, sie machen viele Projekte mit Schulen und Jugendlichen und das hr-Sinfonieorchester streamt fast jedes Konzert und hat den vielleicht besten YouTube-Chanel eines deutschen Orchesters. So erreichen wir neue Zielgruppen. Und wenn derzeit immer mal wieder die Frage gestellt wird, ob der hr sich denn so ein ambitioniertes Orchester noch leisten könne, dann mache ich darauf aufmerksam, dass dies vor allem eine Leistung für das kulturelle Angebot und die Musikvielfalt in Hessen ist.

In den Marktanteilen liegen unsere Hörfunkprogramme auch 2015 deutlich vor den Angeboten der FFH-Gruppe, aber der Abstand ist geringer geworden. Deshalb haben wir mit der PopUnit aus YouFM und hr3 sowie der neuen Unit von hr1 und hr4 reagiert. Und besonders erfreulich ist, dass gerade dem Wortprogramm mit dem breitesten Spektrum, nämlich hr-iNFO, von den Hörerinnen und Hörern zugleich eine hohe Hessenkompetenz zugeschrieben wird.

Im Fernsehen will ich exemplarisch das Doku-Drama „Meine Tochter Anne Frank“ erwähnen, das Jugendlichen ein neues Bild ihrer Altersgefährtin Anne Frank zeichnet und dessen Ausstrahlung von Hörfunk und Online intensiv begleitet wurde. Erlauben Sie mir, dass ich an dieser Stelle nicht die vielen Auszeichnungen von Produktionen im Fernsehen noch einmal gesondert aufzähle.

Im hr-fernsehen konnten wir erneut 7 Prozent Marktanteil erreichen und lagen im Sendegebiet vor Sat1, ProSieben und VOX. Die Hessenschau steht so gut da wie noch nie mit einem Jahresmarktanteil von 21,8 % und sie erreicht zunehmend auch ein jüngeres Publikum, der Marktanteil bei den 30 - 49jährigen lag 2008 noch bei 10,3 %, im vergangenen Jahr über 18 % und schließlich hat die Hessenschau erst vor kurzem die Marke von 90.000 Fans bei Facebook geknackt.

Mit dem Schritt zu hessenschau.de hat unser Online-Angebot noch einmal einen deutlichen Sprung gemacht, 8 Mio. Nutzer bedeuten eine Steigerung von 34 % zum Vorjahr. Im Juni dieses Jahres kamen wir auf über 10 Mio. Da haben die Wetterkapriolen sicher auch einen Anteil, aber auch die attraktiven Apps der Hörfunk-Wellen. Unser nächster Schritt muss dann die Einführung einer Hessenschau-App sein, weil immer mehr, insbesondere jüngere Nutzer alle Medien über das Smartphone einfacher erreichen wollen.

Wenn man diese Zahlen hört, könnte man meinen, dass wir uns zufrieden zurücklehnen können. Das gilt umso mehr da verschiedenste Umfragen belegen, dass es in der Bevölkerung immer noch eine hohe Zustimmung zu unseren Angeboten gibt. So zeigt der ARD-Trend 2015, dass 68 % der Befragten „Das Erste“ für glaubwürdig halten, und dass für 61 % „Das Erste“ der wichtigste Sender für die politische Mei-

nungsbildung ist. In Hessen sagen 81 % der Befragten, dass ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk für die Gesellschaft wichtig ist, wenn man die Zustimmung voll und ganz sowie weitgehend, zusammenfasst.

Schaut man aber nur auf die, die vorbehaltlos zustimmen, gibt es einen Rückgang von 59 auf 50 %. Andere Untersuchungen zeigen, dass eine relevante Zahl von Menschen unsere Unabhängigkeit anzweifelt und glaubt, dass wir im Interesse von Regierungen oder der Wirtschaft unterwegs sind.

Darin spiegeln sich zwei Entwicklungen wieder. Zum einen gibt es am rechten Rand bis in die Mitte der Gesellschaft eine wachsende Zahl von Menschen, die die politische Konsensbildung nicht mehr mittragen wollen und sich Teilen der Entscheidungsprozesse entziehen. Und weil wir Teil einer demokratischen Kultur sind, werden wir mit dem Etikett „Lügenpresse“ versehen - immerhin 60 % der AfD-Wähler heften das dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk an.

Das ist ein Kampfbegriff, mit dem nicht nur wir gemeint sind, sondern das politische und gesellschaftliche System, zu dessen Gelingen wir durch kritische Öffentlichkeit beitragen wollen. Und trotzdem erwächst aus dieser Auseinandersetzung eine noch größere Verpflichtung an uns, unsere Themensetzung nachvollziehbar zu machen, unsere Quellen zu benennen und ein umfassendes Bild der Lebenswirklichkeit wiederzugeben.

In Skandinavien hat eine Auseinandersetzung mit ähnlichen Phänomenen zum Begriff des konstruktiven Journalismus geführt. Damit ist nicht eine Positiv-Berichterstattung gemeint, weil auch Kritik in der Zielrichtung für eine Gesellschaft konstruktiv ist. Aber der Begriff fordert uns auf, noch deutlicher Zusammenhänge aufzuzeigen, nicht zu schnell die möglichst einfache Meldung auf den Markt zu bringen und auch zu zeigen, dass es trotz aller Probleme immer wieder politische und gesellschaftliche Lösungswege gibt, die erfolgreich sind. Genau das sind die Debatten, die wir führen müssen.

Und es gibt noch ein zweites Phänomen, das ähnliche Antworten herausfordert. Die sozialen Netzwerke sind von ihrer Grundidee eine Chance für eine demokratische Kommunikationskultur. Faktisch sind sie aber in vielen Fällen Abfalleimer für negative Emotionen, Hass und Mobbing geworden. Und selbst dort, wo sie von diesen Faktoren nicht infiziert sind, laufen sie Gefahr, durch Selektion von Nachrichten oder vorschnellen Falschmeldungen nur noch jene Meinungen zu bestätigen, auf die man sich vorher schon festgelegt hat.

Und wir alle sind dafür anfällig. Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit, ich lese Ihnen drei Meldungen zum Brexit vor. Meldung 1: „Die Briten haben erst am Tag nach dem Referendum gegoogelt, was die EU ist und was der Ausstieg bedeutet.“ Meldung 2: „Mehr als zwei, drei, vier Millionen Briten haben eine Petition für ein zweites Refe-

rendum unterzeichnet.“ Meldung 3: „Die jungen Leute in Großbritannien beschwerten sich über das Ergebnis, dabei war die Wahlbeteiligung bei ihnen extrem niedrig.“

Jetzt frage ich Sie einfach mal, wer von Ihnen hat eine dieser Informationen mitbekommen, wer hat sie vielleicht geglaubt und wer hat sie sogar an Freunde, Bekannte und Kollegen weiterverbreitet.

Denn beim genauen Hinsehen – wenn man sich diese Mühe im Nachhinein macht und wer macht das schon? – stellt man nämlich fest, dass die Meldungen entweder spekulativ oder schlicht falsch waren. Zwar haben die entsprechenden Suchanfragen zur EU nach dem Tag des Brexit die Hitlisten angeführt, aber das sagt nichts dazu aus, wie die Zahlen an den Vortagen waren und für eine genaue Statistik sind die Google-Trends zu ungenau.

Bei der Petition für ein zweites Referendum muss man einfach wissen, sie startete schon im Mai, sie war nicht gut gegen Missbrauch geschützt und es gab klare Hinweise auf massive Beteiligung aus dem Ausland und große technische Manipulationen.

Und schließlich die kolportierten 36 % Wahlbeteiligung bei den Jungen stammten nicht aus aktuellen Daten sondern beruhten auf dem durchschnittlichen Wahlverhalten der letzten Jahre. Eine neue Auswertung kommt bei den 18 – 24jährigen auf immerhin 64 % Wahlbeteiligung.

Vielleicht haben es manche von uns geglaubt, weil wir es gerne glauben wollten. Die Menschen sind neugierig, aber sie präferieren Nachrichten, die in ihr Weltbild passen.

Verständnis für komplexe Zusammenhänge und Akzeptanz abweichender Meinungen kosten Energie, aber damit sind wir alle sparsam. Tilo Barz hat uns dieses Beispiel bei einem hr-Forum in dieser Woche vor Augen geführt. Es macht sehr einfach deutlich, dass es nicht einmal eines bösen Willens oder besonderer Interesse bedarf, um Zusammenhänge unzulässig zu vereinfachen. Wenn ich dann aber noch im Netz Filter einstellen kann, wo durch mich nur bestimmte Nachrichten erreichen, die vielleicht mir und meinen Freunden besonders wichtig und interessant erscheinen, dann bleibt mein Bild der Welt und von den gesellschaftlichen Vorgängen dauerhaft einseitig. Und wenn ich dann auch noch eine Unzahl von Plattformen und einen Überfluss an Informationen habe, dann kann ich in dieser digitalen Welt hoffnungslos verloren gehen. Vielleicht haben Sie in den letzten Wochen ganzseitige Zeitungsanzeigen mit dem Slogan „Alles was Dich interessiert“ gesehen. Das wird Ihnen versprochen, wenn Sie ein ganz bestimmtes Handy kaufen und die optischen Codes sind eindeutig: Rennwagen, Sport, Technik und Erotik. Dabei steckt mit „upday“ dahinter sogar ein seriöser Anbieter, nämlich der Springer-Verlag. Wie sieht es dann nur aus auf all den Plattformen und in all den sozialen Medien, die Sie in dieser Übersicht sehen. Und das sind nur die, die Experten für einigermaßen relevant halten. Kein

Wunder, dass letzte Woche „Die Zeit“ vor diesem Hintergrund getitelt hat, das Zeitalter der Fakten sei vorbei.

Gerade in diesen Zeiten ist ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk von unverzichtbarem Wert. Wir müssen gegen die Flut des Interessanten den Anspruch auf Relevanz setzen. Die Skandalisierungsspirale kann das Netz deutlich besser hochtreiben, wir dagegen können Zusammenhänge darstellen und nachfassen, wenn ein Thema nicht mehr auf der flüchtigen Agenda steht. Und wir müssen auch selbst über unsere eigenen Medien und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit mehr als bisher unseren Wert für Gesellschaft und Demokratie immer wieder vermitteln und belegen.

Aber wir müssen auch offensiver kommunizieren, wo wir uns nicht sicher sind und deutlich machen, wo wir uns von solchen Tendenzen haben anstecken lassen oder aber schlichtweg Fehler gemacht haben. Die richtige Frage sollte uns immer wichtiger sein, als die vorschnelle Antwort.

Dabei dürfen wir nicht jenen in die Falle tappen, die uns auf einen vermeintlichen Kernauftrag von Bilden und Informieren reduzieren wollen. Aus gutem Grund lautet im Gesetz unser Auftrag auch Unterhalten. Denn über Unterhaltung und fiktionale Stoffe werden immer auch Werte vermittelt, manchmal sogar stärker als in Informationsformaten und wir erreichen dadurch viele Menschen mit Themen, denen sie sich sonst niemals öffnen würden. Gerade hat eine Studie des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ festgehalten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk Public Value nur erreichen kann, wenn er auch Formate anbietet, die große Mehrheiten ansprechen. hr-iNFO beispielsweise kann sich deshalb auf so ein klares Informationsprofil konzentrieren, weil die Popularwellen die Mehrzahl der Hörer mit einer Mischung aus Musik und Information ansprechen. Legitimation erfordert Relevanz. Und die bekommt man nur, wenn man die ganze Lebenswelt der Menschen anspricht.

Nun werden sich manche fragen, was hat das bitteschön mit dem Jahresabschluss und der Haushalts-Abrechnung zu tun. Ich möchte Ihnen deutlich machen, dass die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine wichtige gesellschaftliche Funktion hat und die Sicherung einer soliden Finanzgrundlage ein Teil der demokratischen Zukunftssicherung ist. Gleichzeitig müssen wir nachweisen, dass wir verantwortungsvoll mit dem Geld umgehen, dass die Beitragszahler uns anvertrauen. Und das möchte ich Ihnen gerne für das Jahr 2015 belegen.

Wir haben im Jahr 2015 mit Erträgen in Höhe von 506,3 Mio. Euro geplant, gegenüber Aufwendungen in Höhe von 568,9 Mio. Das hätte im Jahresabschluss ein Minus von 62,6 Mio. bedeutet. Das ist fällt positiver aus, obwohl die Aufwendungen auf 576,4 Mio. steigen. Aber auch die Erträge wachsen auf 522,3 Mio. Das bedeutet ein Minus von 54,1 Mio., also gegenüber der Planung ein Besserergebnis von 8,4 Mio. Euro.

Wie setzt sich das zusammen? Wir hatten mit Beitragsmehrerträgen von 19,3 Mio. gerechnet, faktisch waren es aber 25,9 Mio. Euro.

Bei der Altersversorgung hatten wir mit einem Minus von 104,4 Mio. Euro kalkuliert, durch die anhaltende Niedrigzinspolitik steht am Jahresende jedoch ein Minus von 122 Mio. Euro.

Besonders wichtig ist die Tatsache, dass wir im operativen Geschäft um 19,4 Mio. besser abgeschnitten haben als geplant, so dass wir hier auf ein Ergebnis von 41,9 Mio. kommen. Allerdings gibt es hier eine ganze Reihe von Einzeleffekten, die leider für die Zukunft nicht fortschreibbar sind. Das gibt, wie eben schon ausgeführt, im Jahresabschluss ein Minus von 54,1 Mio. statt erwarteter 62,3 Mio. Euro. Weil es so wichtig ist, möchte ich noch einmal betonen, dass wir im operativen Bereich, den wir selbst beeinflussen können, ein positives Ergebnis haben. Das ist eine Leistung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch vieler Sparrunden und der Steuerung durch meinen Vorgänger Helmut Reitze, dem ich an dieser Stelle noch einmal besonderen Dank sagen möchte.

Trotzdem ist ein negativer Jahresabschluss nicht zufriedenstellend.

Deshalb lassen sie mich auf zwei Faktoren noch etwas vertiefend eingehen: Wir müssen vorankommen, um die finanziellen Belastungen aus der Altersversorgung Schritt für Schritt zu verringern. Deshalb haben wir den Tarifparteien einen Vorschlag gemacht, wonach künftig die Rentenbezüge nicht mehr so stark steigen, wie die Tarifabschlüsse für die aktiv Beschäftigten. Das ist gerade wegen der unterschiedlichen Versorgungssysteme notwendig, denn die Älteren haben noch eine bessere Versorgung als die Jüngeren, denn da ist es ein Stück Solidarität, wenn diese auch einen Beitrag zu Gunsten der Jüngeren leisten. Die Deutsche Welle hat gerade einen solchen Tarifvertrag abgeschlossen, wonach die Rentner nur 50 % der Steigerung der Aktiven erhalten. Der Hessische Rechnungshof hat uns aber auch in einem Bericht deutlich gemacht, dass bei den Altversorgten selbst eine tarifvertragliche Einigung nicht ausreicht, weil hier individuelle Einzelvereinbarungen getroffen wurden, die auch nur individuell beeinflussbar sind.

Trotzdem brauchen wir ein Signal auch an die KEF, denn sie hat angekündigt, der ARD 84 Mio. Euro im Personalaufwand 2019 und 2020 zu sperren, wenn wir keine Lösung finden. Das sollten wir im Interesse des hr und seiner aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf jeden Fall vermeiden. Zum zweiten sind wir von Faktoren abhängig, die wir in keiner Weise beeinflussen können. Das führt zu teilweise absurden Ergebnissen. Im Frühjahr dieses Jahres hat der Bundestag „Das Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ geändert. Danach bezieht sich der sogenannte Referenzzins für die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen nicht mehr auf den Schnitt der letzten 7 sondern der letzten 10 Jahre. Und danach kämen wir rein rechnerisch im Jahre 2016 voraussichtlich auf eine schwarze Null. Ein Referenzpunkt bei der Abzinsung also

beispielsweise von einem Zinssatz von 4 % auf 3,99 % erfordert eine zusätzliche Rückstellung von etwas über einer Mio. Euro. Eine Anhebung des rechnerischen Zinssatzes durch die Streckung des Referenzzeitraums hat den gegenteiligen scheinbar positiven Effekt. Faktisch ist das alles nur Kosmetik und eine Verschiebung des Problems.

Das ist auch der Grund, weshalb wir in Übereinstimmung mit dem Verwaltungsrat den Blick zuletzt nicht mehr auf Eigenkapital sondern auf die Liquidität gesetzt haben. Solange wir liquide sind, sind wir handlungsfähig. Unsere Liquidität am Ende des Jahres 2015 lag bei 160 Mio. Euro, wobei 38,6 Mio. auf dem Sperrkonto für Mehrerträge geparkt werden mussten. Wir haben eine rote Linie markiert, eine sogenannte eiserne Reserve bei deren Unterschreitung unsere Handlungsfähigkeit deutlich eingeschränkt, wenn nicht gefährdet wäre. Allein aufgrund der medienspezifischen Preissteigerungen und der zu erwartenden Tarifabschlüsse wird diese Liquidität nach und nach abschmelzen. Wie lange sie über das Jahr 2020 hinausreicht, hängt auch davon ab, ob der Rundfunkbeitrag nach der Empfehlung der KEF gesenkt wird oder ob der Gesetzgeber den Beitrag bei 17,50 Euro festschreibt und wir erneut eine Rücklage auf einem Sperrkonto für die nächste Beitragsperiode bilden können. Dafür habe ich gegenüber den politischen Entscheidungsträgern nachdrücklich plädiert und ich bin froh, dass ich dafür die einstimmige Unterstützung von Rundfunkrat und Verwaltungsrat erhalten habe.

Und lassen Sie mich noch zu einem weiteren Punkt aus dem KEF-Bericht Stellung nehmen. Da gibt es die Behauptung, wir würden zu viel Geld für Personal und zu wenig für Programm ausgeben. Ich habe Ihnen einmal dargestellt, wie sich unser Personaletat von 144,5 Mio. Euro zusammensetzt. In rot sehen Sie die Personalaufwendungen in der Hörfunk-Direktion. Was machen die Kollegen, wenn nicht Programm? In grün sehen Sie die Fernsehdirektion, auch die machen Programm. Dazu kommen noch Kolleginnen und Kollegen aus der Intendanz, die unser Online-Angebot erstellen, Menschen aus der Betriebsdirektion, in der IT- und Programmverbreitung sowie die Honorar- und Lizenzabteilung in der Juristischen Direktion. Alle arbeiten fürs Programm. Und das Programm ist der Kern unseres Auftrags und damit die entscheidende Bezugsgröße für alle unsere Aufwendungen.

Mit dieser Aussage bin ich erneut bei den Themen, die ich am Anfang meiner Rede skizziert habe. Die linearen Programme werden über Jahre noch am besten unser Kernpublikum erreichen. Im nichtlinearen Bereich von Multimedia gewinnen wir aber in wesentlichen Teilen andere Zielgruppen und jüngeres Publikum. Hier müssen wir parallel Stärken aufbauen und den Nutzerinnen und Nutzern attraktive Angebote machen.

Ich freue mich, dass die Hessische Landesregierung und der Hessische Landtag die Voraussetzungen geschaffen haben, dass wir im Oktober dieses Jahres mit dem jungen Angebot nur im Netz für die Zielgruppe der unter 29jährigen starten dürfen. Dass der Hessische Rundfunk auch auf diesem Feld innovationsfähig ist, haben wir

mit dem Labor Bewegtbild für Perspektivzielgruppen bewiesen. Da ist es kein Zufall, dass der sogenannte „Head of Content“ beim jungen Angebot aus dem Hessischen Rundfunk kommt und gerade erneut ein wichtiger Mitarbeiter aus Multimedia für dieses Projekt abgeworben wurde. Das sehen wir mit einem lachenden und einem weinenden Auge, weil wir diese Kompetenz in den nächsten Jahren auch verstärkt in unserem Haus für neue Projekte brauchen.

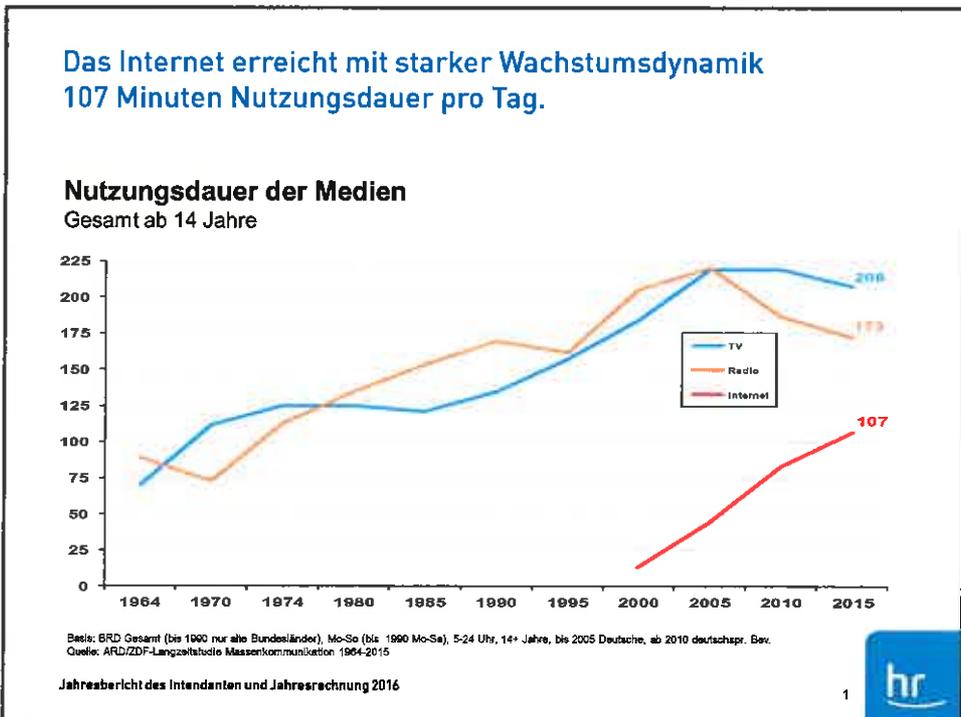
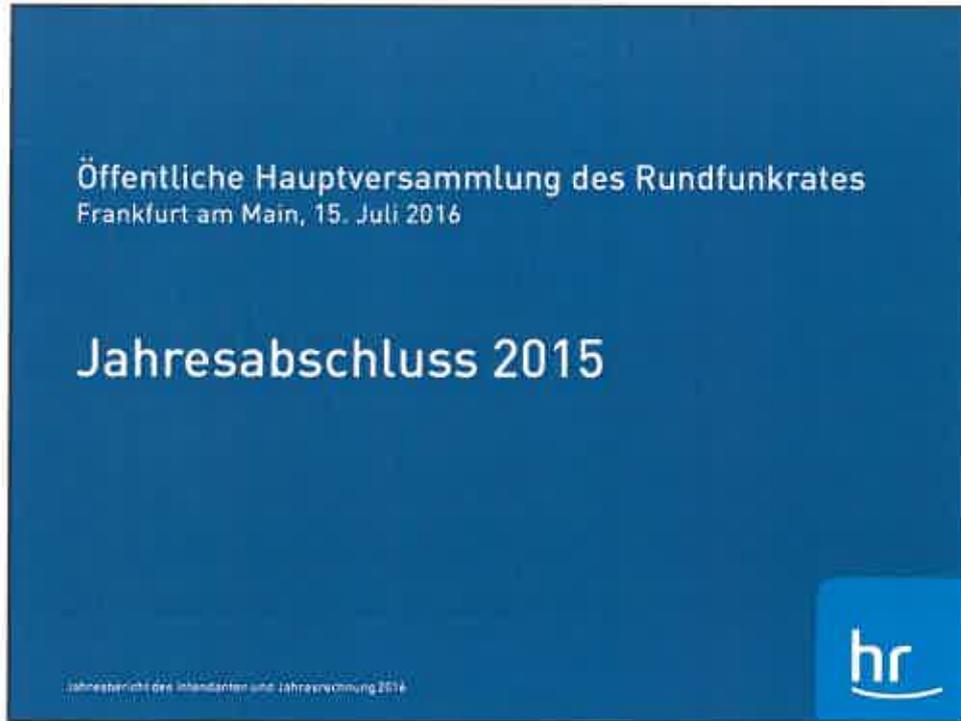
Wir stehen vor einem gravierenden Medienumbruch. Und wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir unseren öffentlich-rechtlichen Auftrag auch unter veränderten Bedingungen zum Wohl der Gesellschaft erfüllen können. Dafür möchte ich in den kommenden Wochen und Monaten in einen intensiven Dialog und Meinungs austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Gremien treten. Das wir unter schwierigen Rahmenbedingungen den Hessischen Rundfunk handlungs- und zukunftsfähig erhalten können, ist auch der Unterstützung der Beschäftigten und ihrer Personalvertretung zu verdanken und der kritischen Begleitung und Unterstützung durch Verwaltungsrat und Rundfunkrat. Dafür danke ich ausdrücklich.

Der Wirtschaftsausschuss, der Verwaltungsrat und der Finanzausschuss des Rundfunkrats haben sich intensiv mit der Jahresrechnung und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 befasst, nachdem der Abschlussprüfer BDO einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat. Mehr dazu in den Berichten des Verwaltungsratsvorsitzenden und des Vorsitzenden des Finanzausschusses.

Wir werden auch in den nächsten Jahren weiter sparen müssen und Aufwendungen reduzieren. Die erste Priorität sollte allerdings darin liegen, stärker innerhalb der ARD zu kooperieren und vor allem administrative und technische Projekte gemeinsam umzusetzen und zu bewältigen. Das heißt auch, dass der Hessische Rundfunk bereit sein muss, Aufgaben abzugeben, wenn sie an anderer Stelle zentral effektiver bewältigt werden können. Nur so können wir Einschnitte ins Programm so klein wie möglich halten.

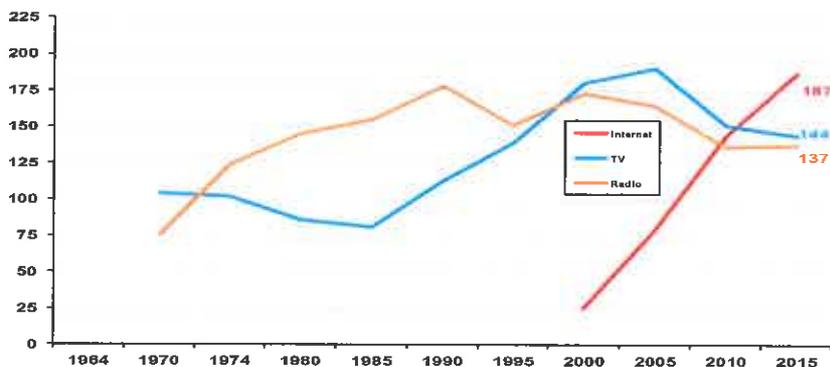
Ich möchte den Hessischen Rundfunk so weiter entwickeln, dass er auch in der Wahrnehmung seiner Nutzerinnen und Nutzer unverzichtbarer Bestandteil der politischen und gesellschaftlichen Kultur in Hessen und der dazu nötigen Meinungsbildungsprozesse ist.

Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.



Bei den Jungen ist das Internet das mit Abstand meistgenutzte Medium. Radio und Fernsehen haben Nutzungsdauer eingebüßt.

Nutzungsdauer der Medien
14-29 Jahre



Beste: BRD Gesamt (bis 1990 nur alte Bundesländer), Mo-So (bis 1990 Mo-Sa), 5-24 Uhr, 14+ Jahre, bis 2005 Deutsche, ab 2010 deutschspr. Bev.
Quelle: ARD/ZDF-Längzeitstudie Massenkommunikation 1994-2015

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

2

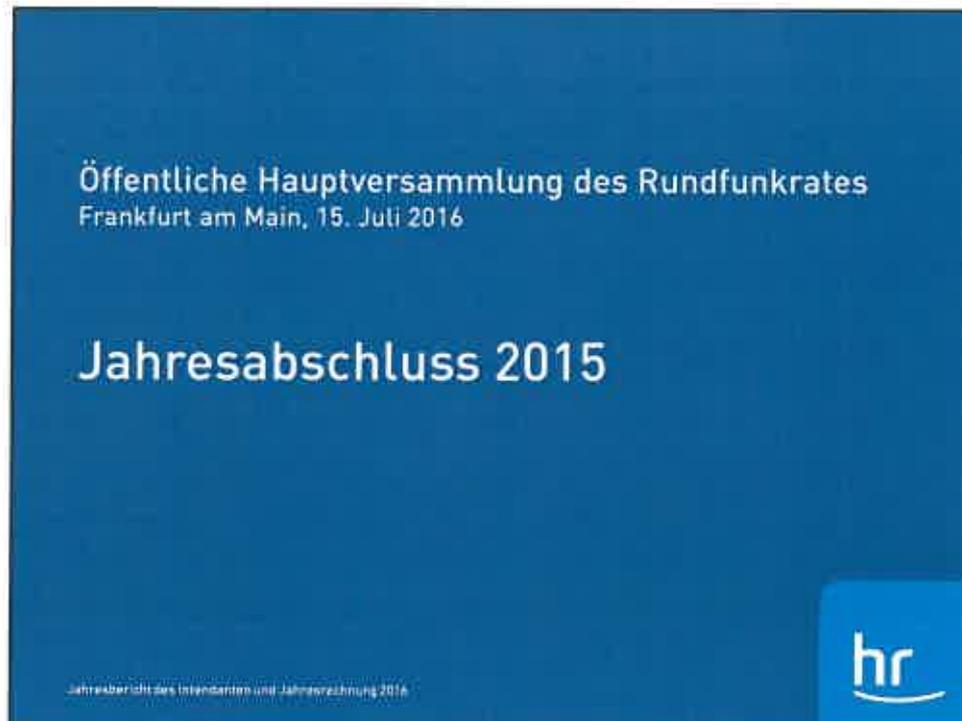


Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

3







hr-Sinfonieorchester – Frankfurt Radio Symphony 59.208

Überblick Videos Playlists Kanäle Diskussionen Kanaltipp

hr-Sinfonieorchester – Frankfurt Radio Symphony
45 Takt Aufträge vor 2 Jahren
Willkommen beim YouTube-Kanal des hr-Sinfonieorchesters - Frankfurt Radio Symphony!
Zu sehen gibt es hier ausgewählte Konzerte/Videos
Wir freuen uns über Ihre Kommentare. Lob und Kritik sind erlaubt. Beleidigungen, Rassismus und Extremismus sind unerwünscht und werden kommentarlos gelöscht.
Webseite: <http://www.hr-sinfonieorchester.de>

Angesagte Kanäle

- hr Hessischer Rundfunk Abonnieren
- hr Bigband Abonnieren
- hr Information Abonnieren
- YOU FM Abonnieren
- hr3 Abonnieren
- hr1 Abonnieren

Ähnliche Kanäle

- AVROTROE Klassiek Abonnieren
- Berliner Philharmonie Abonnieren
- EuroArtsChannel Abonnieren

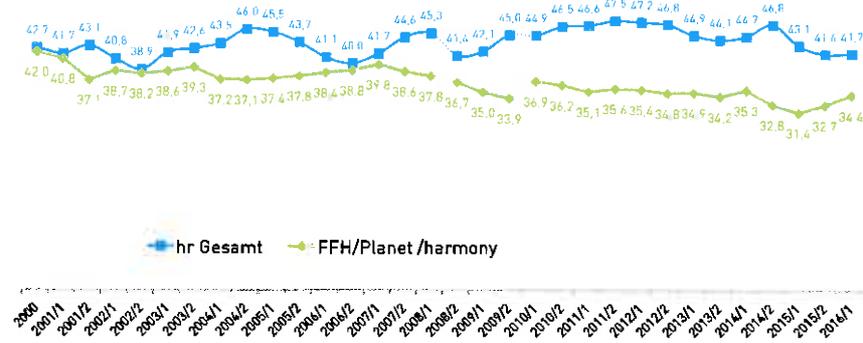
Übersicht

- Orchester, Sinfonie hr-Sinfonieorchester **Christop...** 2:28 Auftritte vor 2 Jahren
- Orchester, Sinfonie hr-Sinfonieorchester **(Unvollendet)** 1:00 Auftritte vor 2 Jahren
- Orchester, Sinfonie hr-Sinfonieorchester **Andris** 1:00 Auftritte vor 2 Jahren
- Orchester, Sinfonie hr-Sinfonieorchester **Andris** 1:00 Auftritte vor 2 Jahren
- Orchester, Sinfonie hr-Sinfonieorchester **Javier Perdomo** 1:00 Auftritte vor 2 Jahren

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

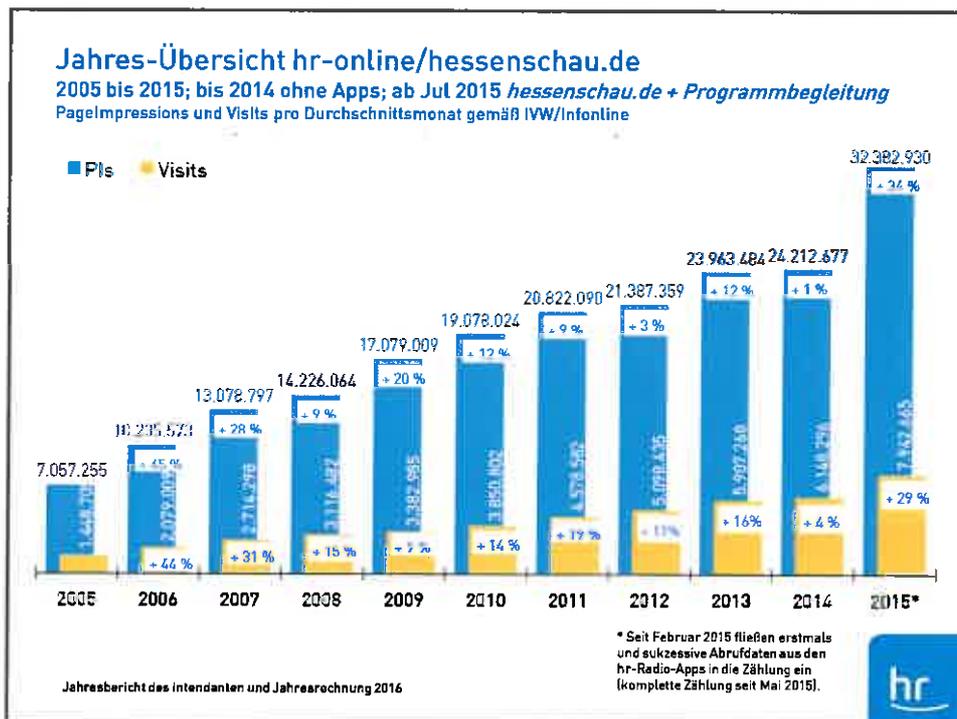
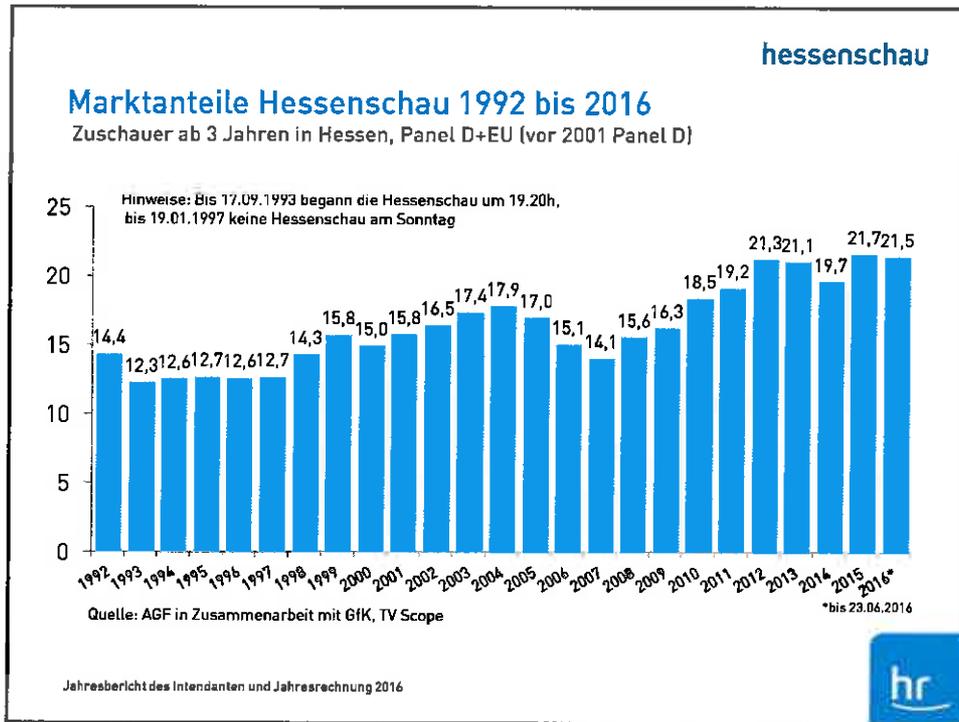
hr-gesamt deutlich unter langjährigem Mittel – FFH-Gruppe erholt

Hessen, Montag – Freitag, Tagesreichweiten in Prozent
 bis MA 2008/1: D 14+; MA 2008/2 bis MA 2009/2: D+EU, 10 +; ab MA 2010/1: Dspr. Bev., 10+



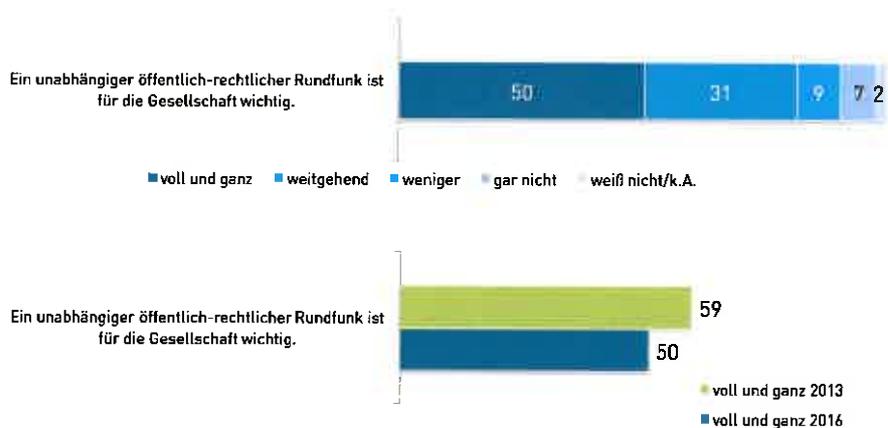
„Meine Tochter Anne Frank“





Öffentlich-rechtlicher Auftrag weitgehend akzeptiert, in der absoluten Zustimmung aber rückläufig.

Werte für Zustimmung, Erw. ab 14 Jahren in Hessen, Angaben in %



Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seinen Programmen vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie einer Aussage zustimmen: voll und ganz, weitgehend, weniger oder gar nicht.

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

12

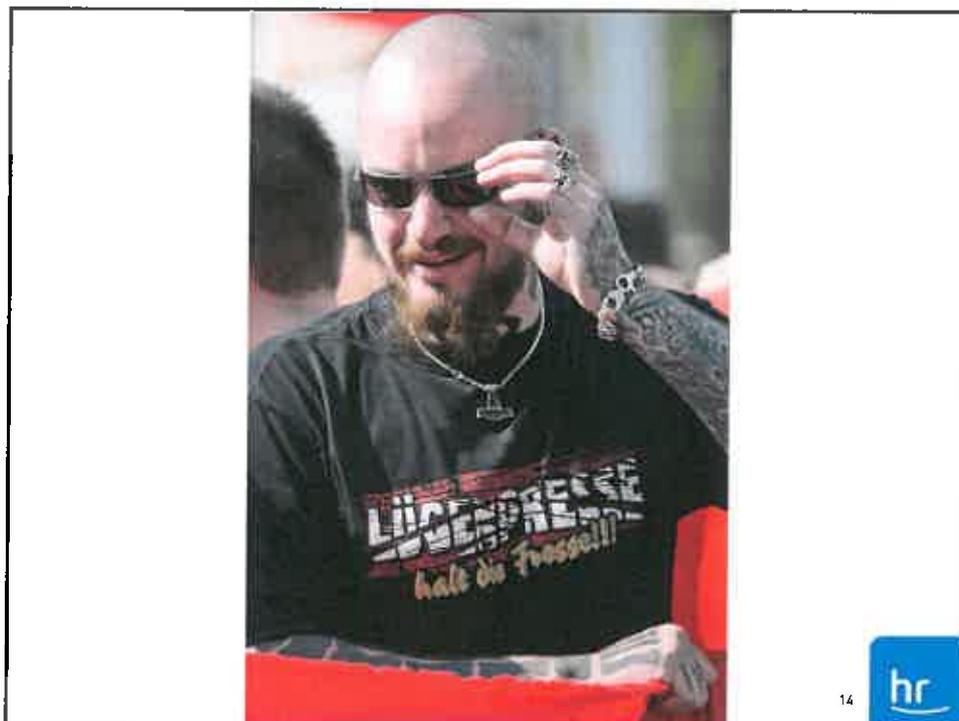


Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates
Frankfurt am Main, 15. Juli 2016

Jahresabschluss 2015

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2015





Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates
Frankfurt am Main, 15. Juli 2016

Jahresabschluss 2015

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2015





Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

16



Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates
Frankfurt am Main, 15. Juli 2016

Jahresabschluss 2015

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

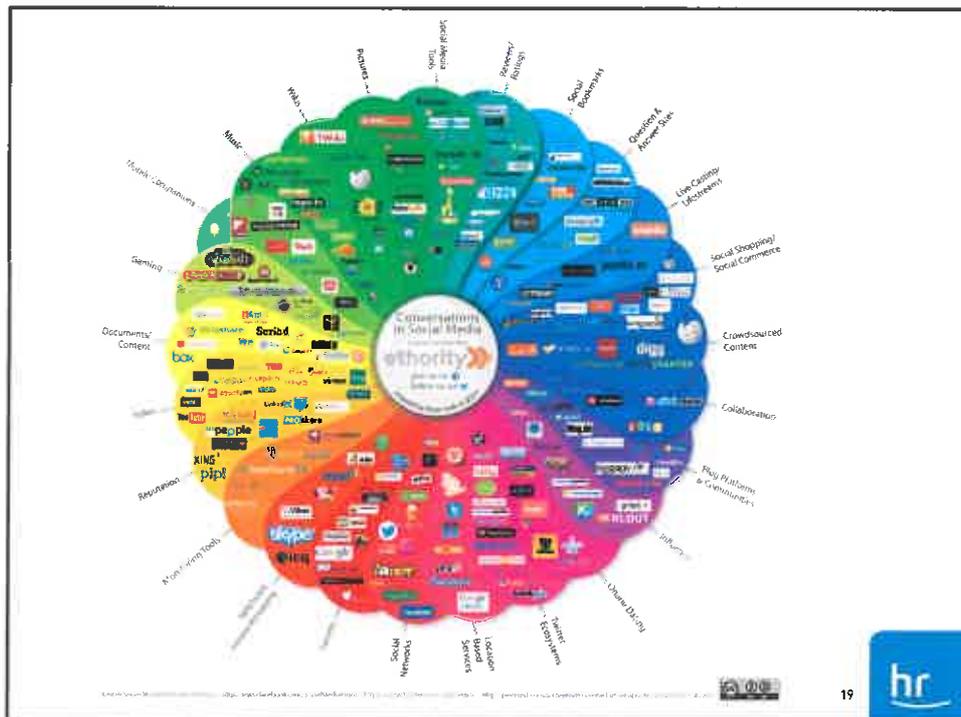


upday
ALLES, WAS DICH INTERESSIERT.

upday
ALLES, WAS DICH INTERESSIERT.

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

18 hr



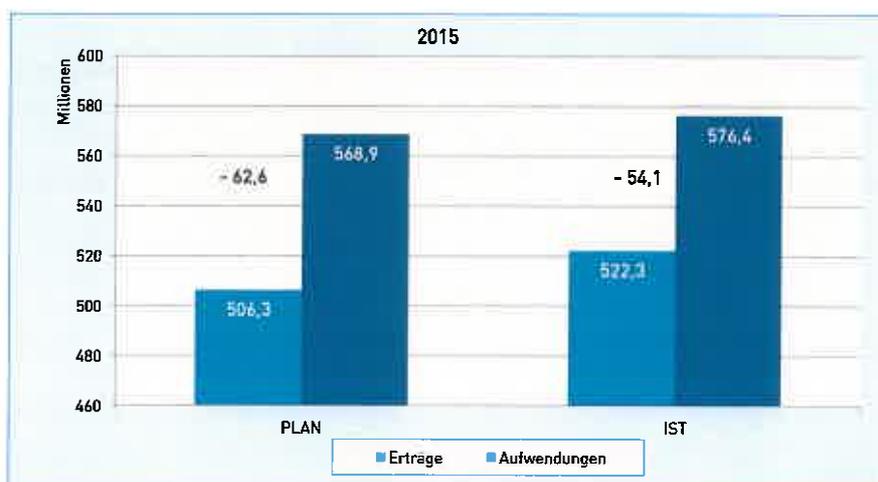
Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates
Frankfurt am Main, 15. Juli 2016

Jahresabschluss 2015

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

hr

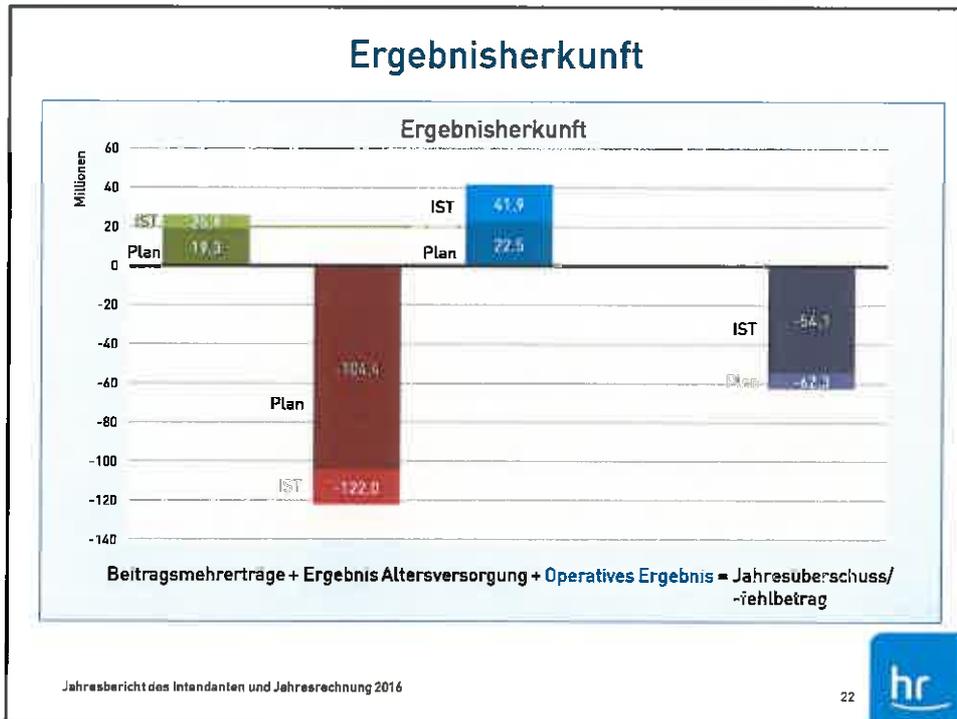
Erträge und Aufwendungen



Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

21

hr

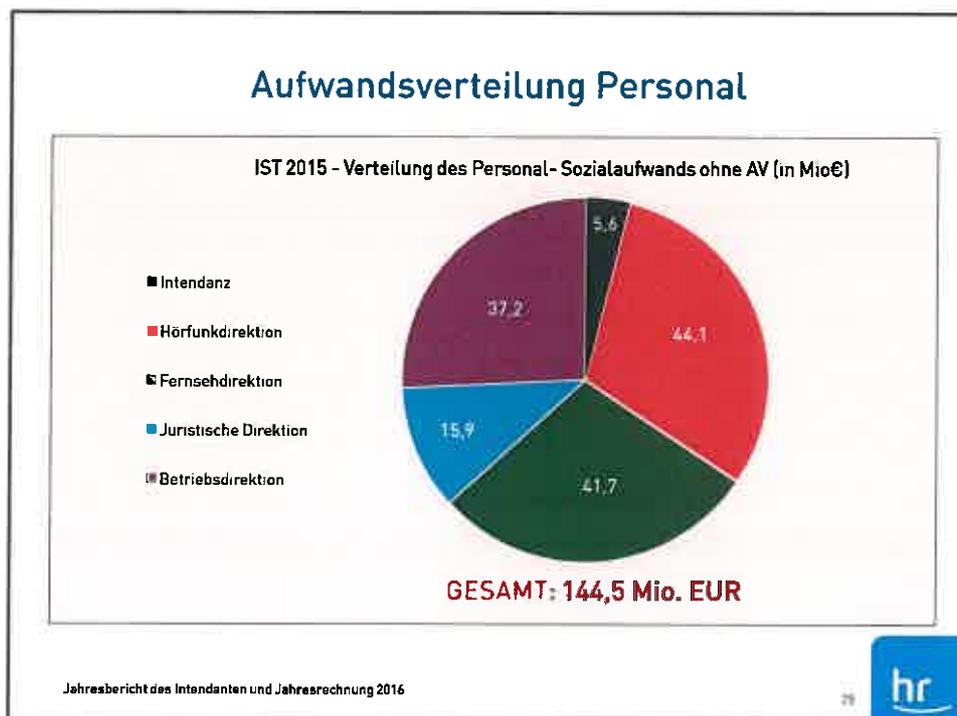
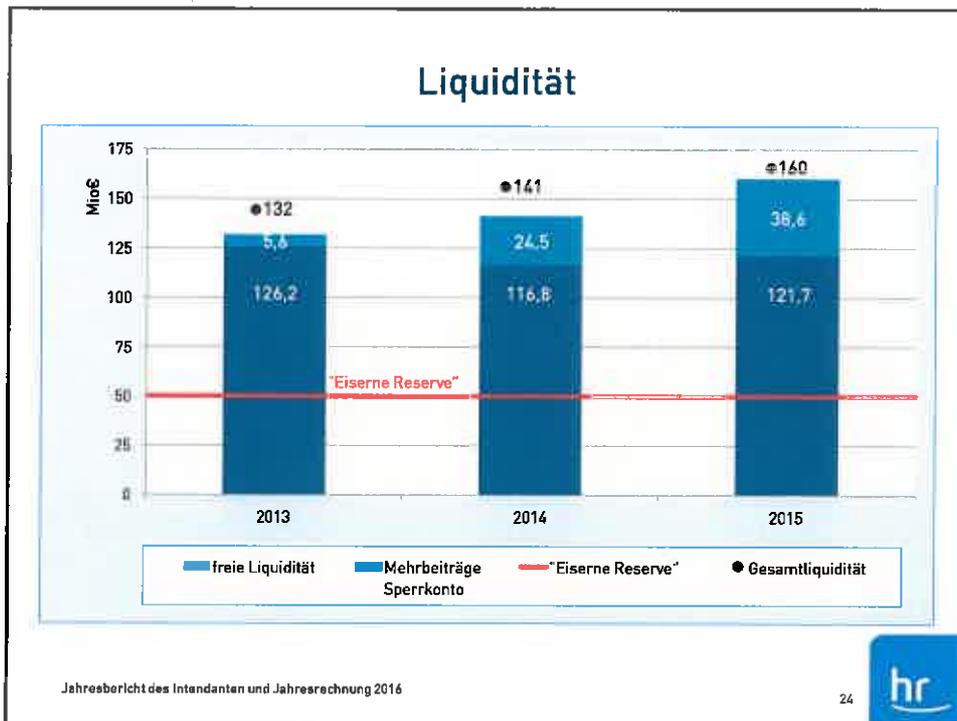


Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates
 Frankfurt am Main, 15. Juli 2016

Jahresabschluss 2015

hr

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016



Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates
Frankfurt am Main, 15. Juli 2016

Jahresabschluss 2015

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016



Der Abschlussprüfer BDO hat der
Jahresrechnung und dem Lagebericht
für das Geschäftsjahr 2015 am 9. Mai 2016 den
uneingeschränkten Bestätigungsvermerk
erteilt.

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2016

27



Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrates
Frankfurt am Main, 15. Juli 2016

Jahresabschluss 2015

Jahresbericht des Intendanten und Jahresrechnung 2015



Jahresbericht und Jahresabschluss 2015 für die Öffentliche Hauptversammlung des Rundfunkrats am 15.07.2016 durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats

Unsere Aufgabe im Verwaltungsrat ist es, die Geschäftsführung des Hessischen Rundfunks zu überwachen und die vom Intendanten aufgestellten Haushaltspläne und Jahresrechnung zu überprüfen.

Dieser Aufgabe ist der Verwaltungsrat im zurückliegenden Geschäftsjahr in zehn Sitzungen nachgekommen.

In den jeweiligen Sitzungen wurde ausführlich und auch durchaus kontrovers über die konkreten Vorlagen der Geschäftsführung diskutiert und beraten.

Erfreulich ist, dass es immer gelungen ist, einen Konsens herbei zu führen und einvernehmliche Beschlüsse zu fassen.

In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei den Mitgliedern des Verwaltungsrats für die offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit im letzten Geschäftsjahr.

Der Dank gilt insbesondere auch den Vertreterinnen der Beschäftigten des Hessischen Rundfunks, für Ihre konstruktive Zusammenarbeit.

Auf Grund der Wahlen zum Personalrat und der Vertreterinnen bzw. Vertreter im Verwaltungsrat haben sich Veränderungen ergeben.

Frau Doris Piel, die bisherige stellvertretende Vorsitzende hat für diese Funktion nicht mehr kandidiert. Sie ist also aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden.

Dies trifft auch auf Frau Karin Alles zu.

Dank an Frau Piel und Frau Alles für die Arbeit, die sie nicht nur im Personalrat sondern auch über eine sehr lange Zeit im Verwaltungsrat des Hessischen Rundfunks zum Wohle der Beschäftigten aber auch im Gesamtinteresse des Hessischen Rundfunks geleistet haben.

Neu in den Verwaltungsrat wurden gewählt die Vorsitzende des örtlichen Personalrats, Frau Barbara Gabi, und der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Herr Knud Zilian.

Frau Gabi wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats in der Sitzung am 17. Juni 2016 gewählt.

Ich wünsche mir, dass es mit den beiden neuen Mitgliedern des Verwaltungsrats gelingt, die Tradition der Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter fortzusetzen, gemeinsam mit dem Rundfunk- und Verwaltungsrat und dem Intendanten und der Geschäftsleitung alles Erdenkliche zu unternehmen, um den Hessischen Rundfunk auch in der kommenden Zeit in seiner Selbstständigkeit zu erhalten.

Das Thema Altersversorgung hat uns auch im ablaufenden Geschäftsjahr sehr intensiv beschäftigt.

Der Hessische Rechnungshof hat hierzu ein umfangreiches Gutachten erstellt, auch die KEF hat sich in ihrem letzten Bericht eingehend dazu geäußert.

Auf Grund der bilanzrechtlichen Vorschriften aber auch der extrem niedrigen Zinssätze am Kapitalmarkt ist die Rückstellungsproblematik für die Altersversorgung nicht nur ein Thema der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sondern, wenn man den Wirtschaftsteil der Zeitung liest, kann man fast täglich darüber auch Nachrichten zur Kenntnis nehmen, in welchem Umfang die gesamte deutsche Wirtschaft unter dem Problem zu leiden hat.

Der Schlüssel für einen Teil der Lösung der Probleme beim Hessischen Rundfunk und den ARD-Rundfunkanstalten liegt bei den Tarifvertragsparteien.

Der Verwaltungsrat hat keineswegs die Absicht, die Tradition zu ändern, die Tarifautonomie zu achten.

Unser dringender Wunsch ist es allerdings schon, dass sich die Tarifvertragsparteien möglichst rasch wieder an einen Tisch setzen und zu einer für beide Seiten tragfähigen Lösung kommen, um die Gefahr einer Spaltung der Belegschaft zwischen gut und weniger gut Versorgten zu vermeiden.

Insgesamt hat der hr auch im Jahr 2015 vernünftig und sparsam gewirtschaftet.

Das erkennen Sie daran, dass das Jahresergebnis zwar 2015 besser ausfällt als geplant, und die Ausgaben, die wir selbst steuern können, sind zum vierten Mal in Folge geringer ausgefallen als ursprünglich geplant.

Und dennoch steht im Jahresabschluss 2015 ein Minus, was an den bereits erwähnten Zusammenhängen zwischen Bilanzierungsvorschriften, Niedrigzinsphase und den Pensionsrückstellungen liegt.

Die finanzielle Lage des hr bleibt also nach wie vor angespannt.

Umso wichtiger ist es, die bedarfsgerechte Finanzierung des Hessischen Rundfunks durch die Ministerpräsidenten und die Ratifizierung der Staatsverträge durch die Länderparlamente sicher zu stellen.

Wie Sie alle wissen, ist die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder stärker in den Fokus der Medienpolitik gerückt.

Nachdem im Vorfeld schon viel spekuliert und diskutiert worden ist, hat die KEF, die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten, ihren 20. Bericht im August 2016 vorgelegt.

Darin fordert sie nach 2013 zum zweiten Mal erneut eine Absenkung des Rundfunkbeitrags.

Für die Zeit ab 2017 bis 2020 konkret um 30 Cent auf dann 17,20 Euro monatlich.

Der Vorsitzende der KEF hat bereits im Rahmen der Diskussion um den 20. KEF-Bericht zum Ausdruck gebracht, dass ab 2021, also der übernächsten Beitragsperiode, allein auf Grund allgemeiner Kostensteigerungen mit einer Beitragserhöhung zwischen 1,50 und 2,00 Euro zu rechnen ist.

Der Verwaltungsrat des Hessischen Rundfunks kritisierte den Vorschlag der KEF unter anderem auch, weil diese in ihren Berechnungen einen Teil des von den Rundfunkanstalten angemeldeten Bedarfs nicht anerkannt hat.

Da ist vor allem der Beschluss des Landtags von Nordrhein Westfalen zu nennen.

Der Landtag von Nordrhein Westfalen hat beschlossen, eine stufenweise Reduzierung der Werbezeiten in den Programmen des Westdeutschen Rundfunks vorzunehmen.

Ab 2019 darf nur noch in einem Hörfunkprogramm des WDR, und zwar maximal 60 Minuten täglich, geworben werden.

Viele meinen, dies würde ausschließlich die Einnahmen des Westdeutschen Rundfunks berühren.

Das ist nicht richtig, denn die Entscheidung trifft nicht nur den WDR, sondern hat unmittelbare Auswirkungen auf die Erlöse der übrigen Landesrundfunkanstalten und damit auch auf den Hessischen Rundfunk und zwar durch die überregional buchbaren Kombiangebote der ARD.

Diese Kombiangebote werden durch die beschlossene Reduzierung beim WDR bundesweit weniger Hörer erreichen.

Dadurch verlieren sie an Attraktivität und die Werbeumsätze gehen zwangsläufig zurück.

Nach bisherigen Schätzungen ist davon auszugehen, dass dies eine Größenordnung bis zu 130 Millionen Euro zwischen 2017 und 2020 ausmachen kann.

Diese Einnahmen fehlen den Landesrundfunkanstalten der ARD - also auch dem Hessischen Rundfunk - zur Finanzierung des Programms und damit zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags.

Die Empfehlung der KEF, den Rundfunkbeitrag erneut zu senken, ist aus der Sicht des Verwaltungsrats nicht überzeugend und schon gar nicht vertretbar.

Der Verwaltungsrat vertritt – gemeinsam mit dem Intendanten - die Meinung, dass es rechtlich zwingend geboten ist, die entstehenden Einbußen durch die Werbereduzierung beim WDR zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsrat hat nach Vorliegen des KEF-Berichts sich eingehend mit diesem beschäftigt und zusammen mit dem Rundfunkrat, dem Intendanten und der Geschäftsführung den Vorschlag unterbreitet, die Beitragssenkung nicht vorzunehmen, sondern sie erneut einer Rücklage zuzuführen. Diesem Vorschlag sind inzwischen mehrere Gremien anderer Landesrundfunkanstalten gefolgt

Die Politik wird nun entscheiden müssen, welche Konsequenzen sie aus dem KEF-Bericht zieht.

Die Vorsitzenden der Organe des hr haben in der Zwischenzeit viele intensive Gespräche geführt und sind beim Ministerpräsidenten und den Vertretern der im Landtag vertretenen Parteien auf Verständnis und Wohlwollen gestoßen.

Alle stimmen überein, dass es gemeinsames Ziel sein muss, auch für die kommende Zeit den Hessischen Rundfunk in seiner Selbstständigkeit zu erhalten.

Leider wird dies nicht überall in der Medienlandschaft so gesehen.

Die durch die Ministerpräsidenten eingesetzte Strukturkommission hat entsprechende Vorschläge für die künftige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und deren Struktur zu unterbreiten, und es gibt bereits Papiere und Ideen, die in der Gegend herumgeistern, die die Selbstständigkeit des Hessischen Rundfunks in Frage stellen wollen.

Intendant und Geschäftsführung stimmen mit dem Verwaltungsrat überein, dass es auch künftig darauf ankommt, durch eine gezielte Investitionspolitik den hr für die neuen technischen Herausforderungen fit zu halten.

Voraussetzung hierfür ist unter anderem eine leistungsfähige IT und die zahlreichen erfolgreichen Eigenproduktionen des hr.

Im Rahmen der von der ARD verabredeten Ordnung wurden die beim hr angesiedelten ARD-Gemeinschaftseinrichtungen (GSEA) kritisch begleitet und die entsprechenden Empfehlungen und Beschlüsse gefasst.

Viel Zeit nahm die Umstrukturierung der DEGETO in Anspruch.

Durch die in der Zwischenzeit getroffenen Entscheidungen hoffe ich, dass es der neuen Geschäftsführung der DEGETO baldmöglichst gelingt, den Prozess der Neuordnung abzuschließen und die DEGETO durch die Umstrukturierung in die Lage versetzt wird, ihre wichtige Aufgabe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu erfüllen.

Im Rahmen der Umstrukturierung hat der Verwaltungsrat der DEGETO Film GmbH ein Darlehen in Höhe von 3,5 Millionen Euro eingeräumt.

Die Entwicklung der Sportrechtekosten hat den Verwaltungsrat im ablaufenden Geschäftsjahr in mehreren Sitzungen mit entsprechend leidenschaftlicher Diskussion beschäftigt.

Die Erwartungen bestimmter Sportfachverbände und der internationalen Sportorganisationen im Hinblick auf die Einnahmen durch die Sportrechte wird ja auch in der Öffentlichkeit sehr eingehend diskutiert.

Der Verwaltungsrat ist der Auffassung, dass die Erwartungen der Sportorganisationen auf künftige weitere Einnahmesteigerungen durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht erfüllt werden können.

Gleichwohl wissen alle Beteiligten, dass die großen Sportereignisse ein wichtiger Bestandteil unseres Programms sind.

Das haben nicht zuletzt die jetzt zu Ende gegangenen Fußball-Europameisterschaften erneut gezeigt.

Nach langen zähen Diskussionen ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, die Filmförderung auf eine neue Grundlage zu stellen.

Der Verwaltungsrat hat sich in mehreren Sitzungen damit beschäftigt, unter welchen Rahmenbedingungen der Hessische Rundfunk sich an der Hessen Film GmbH beteiligt.

An der neuen Hessen Film GmbH ist der hr mit einem Geschäftsanteil von 2.500 Euro beteiligt.

Es wurde sichergestellt, dass die Finanzierungsbeteiligung seitens des hr nur so lange erfolgt, solange die gesetzliche Regelung der Bereitstellung von 750.000 Euro aus den Zwei-Prozent-Mitteln erfolgt.

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Filmförderung hat der Verwaltungsrats wie bereits in der Vergangenheit sich auch mit dem Thema beschäftigt, was bei der LPR Hessen sinnvollerweise mit den ihr zufließenden Mehrerträgen aus der Umstellung auf das Rundfunkbeitragsmodell geschehen soll.

Der Verwaltungsrat gab der Landesregierung und den Fraktionen im Landtag die Anregung, durch die Reduzierung des Anteils der LPR Hessen die rechtliche Grundlage zu schaffen, um zusätzliche Mittel für die Filmförderung in Hessen zur Verfügung zu stellen.

Die ARD hat im ablaufenden Geschäftsjahr zum ersten Mal einen Produzentenbericht vorgelegt.

Gleichzeitig wurden die Gespräche mit den Produzenten abgeschlossen und eine neue Vereinbarung für die zukünftige Zusammenarbeit erarbeitet.

Für uns als hr war es wichtig, unsere bewusst getroffene Entscheidung, unsere Eigenproduktionen wie in der Vergangenheit, die unter programmlichen wie unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nach wie vor sinnvoll ist, entsprechend zu verteidigen und aufrecht zu erhalten.

Der Verwaltungsrat hat auf Grund der großartigen Leistungen des Chefdirigenten des hr Sinfonieorchesters der Verlängerung des Vertrages für die Konzertsaison 2018 bis 2019 zugestimmt.

Mit diesem erfreulichen Punkt will ich meinen Bericht beenden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Sitzungstermine 2016 des Rundfunkrats des Hessischen Rundfunks

Rundfunkrat:	2. September 2016	14.00 Uhr
	7. Oktober 2016	14.00 Uhr
	16. Dezember 2016	15.00 Uhr (18 Uhr Weihnachtsessen)
Finanzausschuss	25. November 2016	10.00 Uhr
	9. Dezember 2016	10.30 Uhr (GSEA; mit Wirtschaftsausschuss)
Programmausschuss	19. September 2016	14.30 Uhr
Fernsehen:	28. November 2016	14.30 Uhr
Programmausschuss	8. September 2016	14.30 Uhr
	Hörfunk:	17. November 2016
Telemedienausschuss:	20. September 2016	14.30 Uhr
	1. November 2016	14.30 Uhr